



Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst



Herausragende Fälle in Hessen

- ◆ Kopfschuss Gerichtsvollzieher Gelnhausen am 14. März 2016
- ◆ Ermordung Polizeibeamter Herborn an Heiligabend 2015
- ◆ „Hammerattacke“ auf Kollegen im Jobcenter Dietzenbach am 1. September 2016
- ◆ Freiheitsberaubung Finanzbeamtin
- ◆ Angriff auf Polizeibeamten privat in Gaststätte in Darmstadt



...aber auch

- ◆ Bedrohung Lehrerin
- ◆ Polizei-Motorradkontrolle Odenwald
- ◆ Jobcenter Bedrohung „...dann brennt hier die Hütte“
- ◆ Zugbegleiter aus dem Zug geworfen
- ◆ Bedrohungen Politiker, Journalisten, Richter, Staatsanwälte



...Hinweis auf

- ◆ Fälle in Pressemappe
- ◆ Tafel mit jüngsten Taten in Hessen
- ◆ Darstellung mit jüngsten Taten bundesweit
- ◆ Seite www.angegriffen.info dbbj NRW
- ◆ Und täglich kommen neue Übergriffe hinzu



- ◆ Darstellung in den Medien zeigt nur „Spitze des Eisbergs“
- ◆ Öffentliche Betroffenheit währt nur kurze Zeit
- ◆ Folgen für Betroffene / Opfer oft schwerwiegend und langwierig
- ◆ Auch bei scheinbar harmlosen Vorgängen
- ◆ Belastung auch durch häufige Anfeindungen (Tropfen...Fass)
- ◆ Häufig großer Personenkreis um das unmittelbare Opfer betroffen



- ◆ Beschäftigte aus nahezu allen Bereichen berichten von Steigerung der Anzahl und Intensität der Übergriffe
- ◆ Längst nicht mehr nur Polizei
- ◆ Kollegen Rettungsdienst, Krankenhaus, Schule, Finanzamt, Justiz, Rathaus, Jobcenter, Ausländeramt, RP, JVA, Straßendienst, ÖPNV, Förster...
- ◆ Kein Bereich mehr ausgenommen



- ◆ Amtliches statistisches Lagebild nur für Gewalt gegen Polizei- u. a. Vollzugsbeamte (Polizeiliche Kriminalstatistik = PKS)
- ◆ Für alle anderen Bereiche der Landesverwaltung keine amtliche, statistische Erfassung
- ◆ Gewalt gegen Polizei- / Vollzugsbeamte steigt auch nach PKS weiter
- ◆ Lediglich erfasste Straftaten
- ◆ Keine Verurteilungsquote



- ◆ Anstieg Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (Polizeivollzugsbeamte, Gerichtsvollzieher) von 2016 nach 2017 um 49 Straftaten auf 1.510 Fälle (+3,4 %)
- ◆ Anstieg Straftaten, bei denen Polizeibeamte Opfer einer Straftat wurden, um 24 (+1,3 %) auf 1.918 Fälle
- ◆ 3.512 Polizeivollzugsbeamte (= jeder Vierte) wurden 2017 als Opfer registriert, im Jahr 2016 waren es 3.468
- ◆ Hohe Dunkelziffer zu vermuten (Studien LKA Nds.)



Dunkelfeldstudie LKA Niedersachsen

- ◆ Erforschung der Aussagekraft der PKS
- ◆ Z. T. sehr niedrige „Anzeigequoten“
- ◆ Körperverletzung ohne Waffe ca. 19,5 %
- ◆ Drohung mit Waffe ca. 19 %
- ◆ Erwartung bei Strafanzeige
- ◆ Täter fassen
- ◆ Erneute Tat verhindern

...Entwicklung - Lagebild - Dunkelfeld



10

- ◆ Für Bereiche außer Polizei und –Vollzug gibt es kein statistisches Lagebild
- ◆ Es gibt lediglich einzelne, andere Erhebungen (nicht amtlich)



Umfrage GDL 2016 „Mit Sicherheit“

- ◆ 3.750 Fragebögen ausgewertet
- ◆ 82,4 % der Befragten verbal beleidigt
- ◆ 53,5 % verbal bedroht (davon 65 % Frauen)
- ◆ 25,6 % angespuckt
- ◆ 24,3 % körperlich angegriffen (überwiegend Frauen)
- ◆ Häufig mehrere Tage krank, vor allem nach körperlichen Attacken



...weiter Umfrage GDL

- ◆ 72,4 % erhöhte Aufmerksamkeit
- ◆ 49,3 % ungutes Gefühl
- ◆ 32,8 % Angst
- ◆ 40,6 % Hilflosigkeit
- ◆ 50,9 % Wut
- ◆ Zugbegleiter im Dienst **im Team 71,8 % ohne Bedenken**
- ◆ Zugbegleiter im Dienst **alleine 10,6 % ohne Bedenken**



Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 1.951 Lehrerinnen und Lehrer
- ◆ 59 %: Gewalt hat in den letzten 5 Jahren zugenommen
- ◆ besonders an Förder- und Sonderschulen
- ◆ 57 % sagen, es sei ein „Tabuthema“
- ◆ 45 %: Schulverwaltung muss sich mehr engagieren



...weiter Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 23 %: in den letzten 5 Jahren selbst Opfer geworden
- ◆ 81 %: nach Angriff durch Kollegen ausreichend geschützt
- ◆ 62 %: nach Angriff durch Schulleitung ausreichend geschützt
- ◆ 86 % Vorfall gemeldet
- ◆ 7 % (!) Anzeige erstattet
- ◆ 65 % etwas unternommen bei Angriff durch Eltern



...weiter Forsa-Studie „Gewalt gegen Lehrkräfte“ 2016 im Auftrag des VBE

- ◆ 2 % (!) Anzeige erstattet
- ◆ 77 % Cybermobbing hat zugenommen
- ◆ 21 % physische Gewalt erfahren in den letzten 5 Jahren
- ◆ Überwiegend Förder- und Sonderschulen
- ◆ In fast allen Fällen etwas unternommen
- ◆ Nur in 9 % der Fälle Anzeige erstattet

Warum keine Anzeigeerstattung?



16

Mögliche, wiederholt geäußerte Gründe

- ◆ Unsicherheit / Scham
- ◆ Resignation
- ◆ Fehlende Information und Unterstützung auf der Dienststelle
- ◆ Ungünstige rechtliche Rahmenbedingungen
- ◆ Befürchtung der Verharmlosung durch Kollegen, Vorgesetzte, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht

Warum keine Anzeigeerstattung?



17

- ◆ Äußerungen und Haltungen wie „Ist im Preis mit drin!“ oder „Augen auf bei der Berufswahl!“
- ◆ Schlechte Erfahrungen, auch von Kollegen



- ◆ **Diese Schranken müssen fallen!**
- ◆ **Belastbares, amtliches Lagebild unerlässlich!**
- ◆ **Gesamtbekämpfungskonzept dringend erforderlich!**
- ◆ **Umfrage des dbb Hessen 2019 mit Uni Gießen**



- ◆ Gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklung
- ◆ Gewalt in der gesamten Gesellschaft, nicht nur ggü. Beschäftigten im ö. D. an der Tagesordnung
- ◆ Veränderungen ggü. Beschäftigten im ö. D. aber dramatisch
- ◆ Erhebliche Respektlosigkeit
- ◆ Fehlende Empathie
- ◆ Fehlende Gewaltächtung
- ◆ Falsche Vorbilder

...Mögliche Ursachen für Gewalt



20

- ◆ Defizite bei Erziehung und Bildung (Elternhaus - KiGa – Schule – Sportverein)
- ◆ Fehlende Akzeptanz für staatliche Institutionen (bspw. Reichsbürger) und/oder für weibliche Bedienstete (Teile von Migranten)
- ◆ Unzureichende Kommunikations- und Konfliktfähigkeit
- ◆ Allgemeine Werterosion
- ◆ Fragwürdige/r Medienangebote und Medienkonsum

...Mögliche Ursachen



21

- ◆ Fehlende Konsequenzen bei Fehlverhalten
- ◆ Verändertes Freizeitverhalten
- ◆ Alkohol- und Drogenkonsum
- ◆ Zunehmend psychische Auffälligkeiten
- ◆ Falsches Bild vom „Staatsdiener“ in der Öffentlichkeit
- ◆ Zunehmende Bewaffnung (Messer...; Folgen schwerer)

Was macht der dbb Hessen?



22

- ◆ Entwicklung eines Gesamtbekämpfungskonzepts
- ◆ Entwicklung des sog. Lebenslagenmodells
- ◆ Durchführung eines Symposiums am 21.2.2018 als Auftaktveranstaltung
- ◆ Einbeziehung aller relevanten Personen und Institutionen
- ◆ Betroffene Bedienstete, Dienststellen- und Behördenleiter, PVP PP Ffm., Generalstaatsanwalt, OLG-Präsident, Justizministerin, alle Fraktionen im Hess. Landtag, PiD, Petra Maurer, Opferschutz, Presse...

...Was macht der dbb Hessen?



23

- ◆ Anträge an GWT dbb Bund 2017 zu Rechtlage und Gesamtkonzept mit Forderungskatalog
- ◆ Leitantrag zur Bekämpfung an GWT dbb Hessen 2018
- ◆ Fortlaufender Kontakt zu allen relevanten Institutionen
- ◆ Durchführung einer Umfrage 2019
- ◆ Erstellung eines „Gewaltbuchs“
- ◆ Pakt mit Fraktionen im Hessischen Landtag

Was macht der dbb?



24

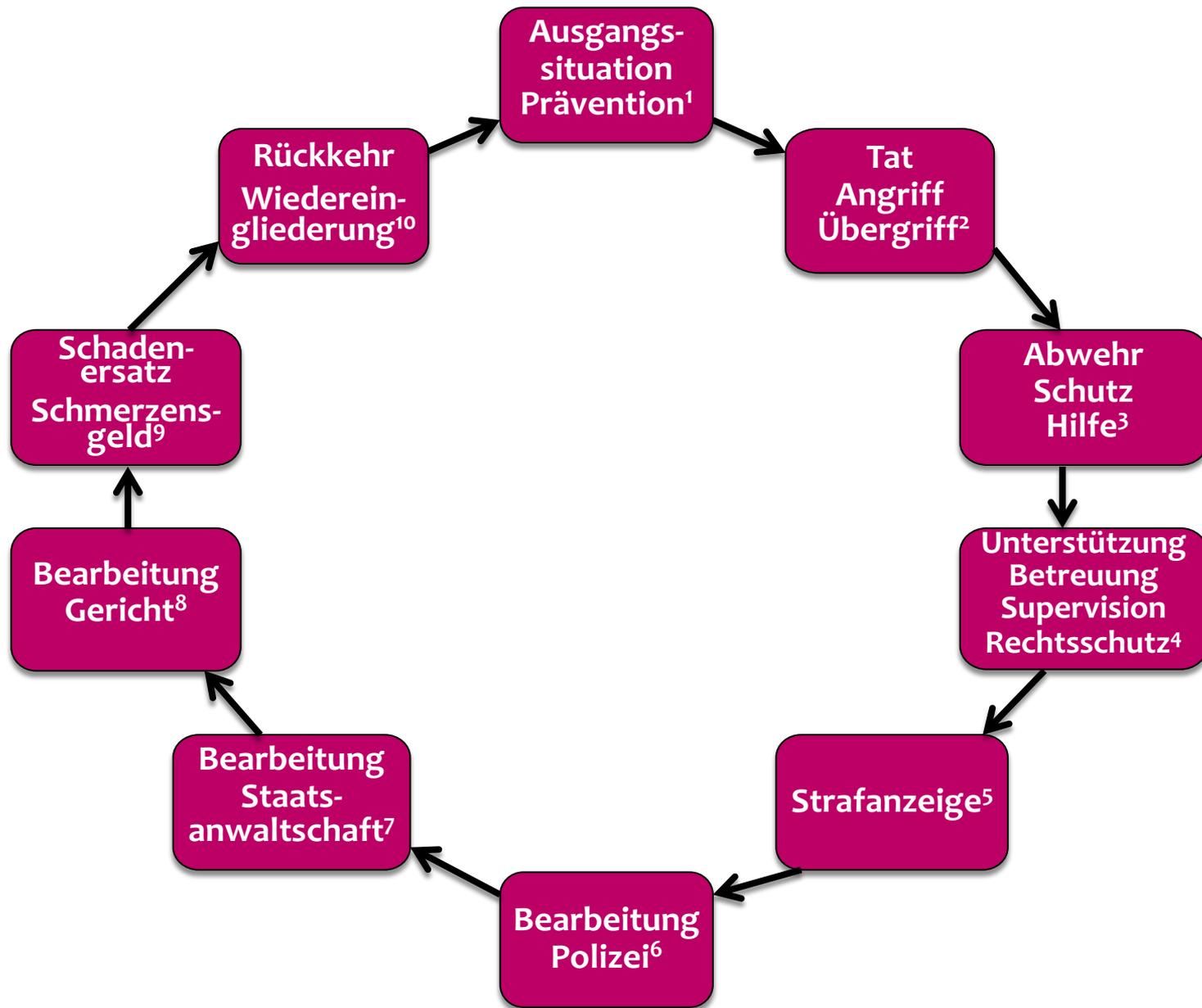
- ◆ Herantreten an Bundesjustizministerin mit Forderung nach Strafrechtsnovelle
- ◆ Herantreten an Justizminister der Länder bzgl. Einstellungen der Verfahren durch Staatsanwaltschaften
- ◆ Sammlung von Einstellungsvorgängen
- ◆ Öffentlichkeitsarbeit

Wie das Phänomen bekämpfen?



25

- ◆ Zusammenwirken aller Beteiligten und Institutionen
- ◆ Kreislauf vom Übergriff bis zur Wiedereingliederung muss geschlossen funktionieren (sog. Lebenslagenmodell)



¹Ausgangssituation – Prävention



27

- ◆ Ausbildung, Training, Notfallplan
- ◆ Selbstbild, Selbstbewusstsein, Handlungssicherheit
- ◆ Ausrüstung
- ◆ Bauliche Beschaffenheit (räumliche Situation, Zugangskontrolle, offene Türen im Innenbereich, keine Sichtsperrren, Alarmsysteme, „Benimmregeln“ am Eingang)
- ◆ Rechtslage
 - ◆ §§ 113, 114, 115 StGB unzureichend
 - ◆ Gesonderte Strafvorschrift erforderlich
 - ◆ Symbolische Wirkung und Lagebild / Statistik



- ◆ ...Rechtslage
 - ◆ Beschluss dbb Gewerkschaftstag November 2017:
Einführung einer gesonderten Strafvorschrift „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ im korrekten Abschnitt des Strafgesetzbuchs.
 - ◆ Schutz der physischen und psychischen Integrität des Betroffenen muss im Vordergrund stehen
 - ◆ Subsidiäre Anwendung der allgemeingültigen Tatbestände
 - ◆ Bewertung durch Juristen und Gutachter



- ◆ Dienstlicher Rechtsschutz
- ◆ Personalsituation (Eigensicherung und Rechtspflege)
- ◆ Problematische Außendienste in Doppelbesetzung
- ◆ Bild des „Staatsdieners“ neu justieren und kommunizieren
- ◆ Lage regelmäßig zum Gegenstand von Dienstbesprechungen machen
- ◆ Regelmäßiger Austausch unter den Behörden und Institutionen
- ◆ Dokumentation aller Vorkommnisse

2Tat – Angriff – Übergriff



30

- ◆ Konkrete Einzelsituation
- ◆ Aggression / Anfeindung / Angriff / Übergriff
- ◆ Mit Hilfsmitteln, Waffen
- ◆ Nur in Arbeitssituation oder in den privaten Bereich
- ◆ Im Büro oder im Außendienst
- ◆ Ggf. auch Angehörige tangiert

³Abwehr – Schutz – Hilfe



31

- ◆ Eigensicherndes Verhalten
- ◆ Frühzeitig „rote Linie“ aufzeigen, Hausverbot, ggf. temporär
- ◆ Hilfe / Schutz gemäß Ablaufplan
- ◆ Wahrnehmung / Mitverfolgung durch Kollegen
- ◆ Verbale, körperliche Abwehr
- ◆ Mit Unterstützung durch Hilfsmittel
- ◆ ...durch Kollegen
- ◆ ...durch Sicherheitspersonal

4Unterstützung – Betreuung – Supervision



32

- ◆ Sachverhalt ernst nehmen
- ◆ Verbindung halten durch Vorgesetzte
- ◆ Ansprechpartner anbieten
- ◆ Rechtsschutz anbieten
- ◆ Vorgang nach- und aufbereiten, auch mit Kollegen im Umfeld
- ◆ Krankmeldung anbieten
- ◆ Anschlussgespräche vereinbaren



- ◆ Erstattung einer Strafanzeige enorm wichtig
- ◆ Ab einer gewissen Intensität der Anfeindung / des Übergriffs
- ◆ Dunkelfeld aufhellen / Statistik / Lagebild
- ◆ Signal an den Täter: „Das hat Konsequenzen, das nehme ich nicht hin, das nimmt der Staat nicht hin!“
- ◆ Voraussetzung für Sanktion
- ◆ Stellung Strafantrag durch Vorgesetzten

6 Bearbeitung Polizei



34

- ◆ Zunächst Intervention
- ◆ Entgegennahme Anzeige
- ◆ Ermittlungen
- ◆ Abgabe an Staatsanwaltschaft
- ◆ Erforderliche Personalausstattung herstellen

7 Bearbeitung durch Staatsanwaltschaft



35

- ◆ Anklage fertigen, möglichst zeitnah
- ◆ Möglichst keine Einstellung
- ◆ Maßvolles Strafmaß fordern
- ◆ Abgabe an Gericht
- ◆ Erforderliche Personalausstattung herstellen

8 Bearbeitung durch Gericht



36

- ◆ Möglichst keine Einstellung
- ◆ Maßvolle Sanktion, möglichst zeitnah
- ◆ Abschreckung des Täters
- ◆ Keine Ermunterung zum Weitermachen
- ◆ Nebenklage, Adhäsionsverfahren
- ◆ Erforderliche Personalausstattung herstellen



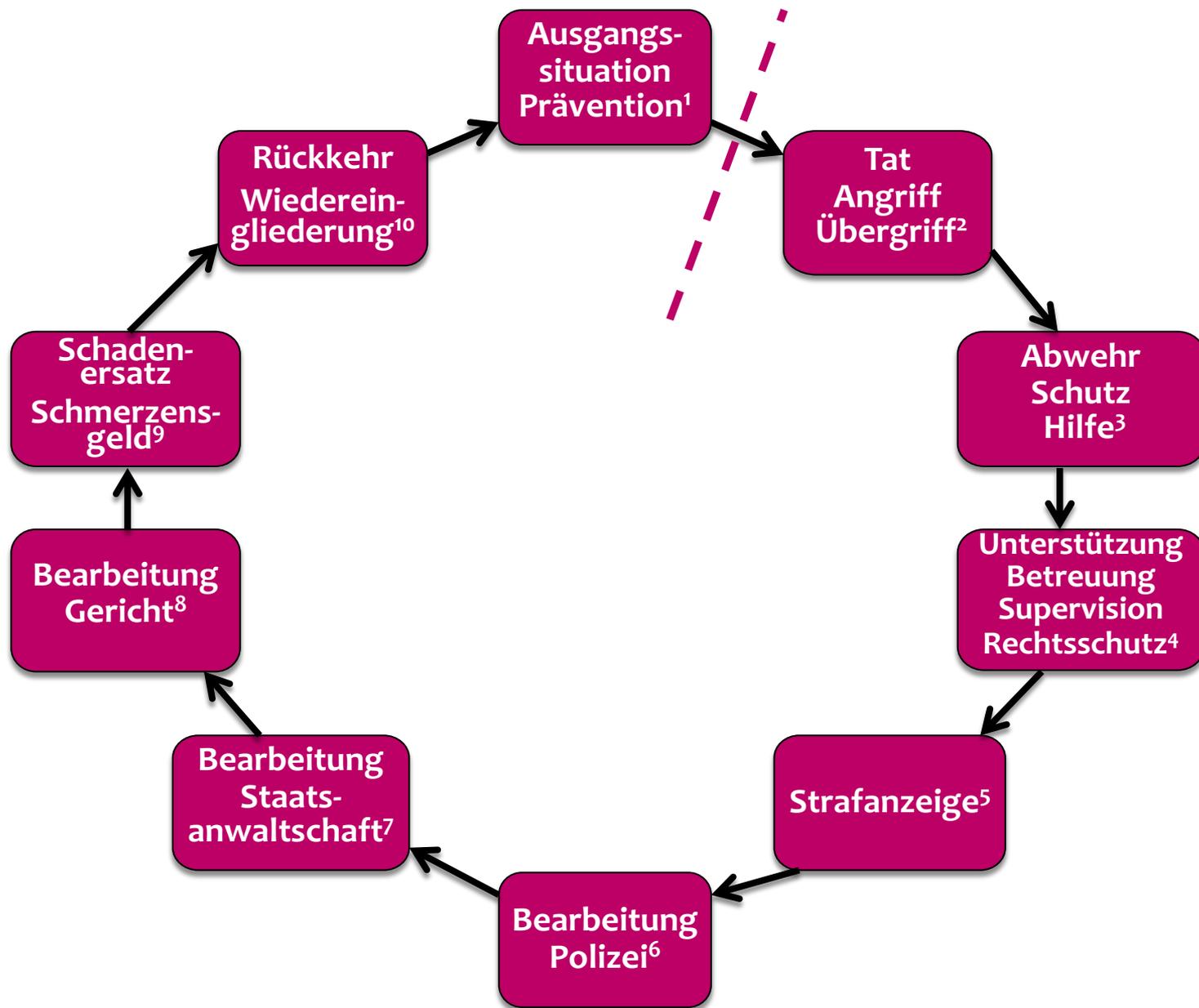
- ◆ Frühzeitige Übernahme der Forderungen des Opfers durch Dienstherrn / Behörde
- ◆ Unwürdiges, u. U. wenig Erfolg versprechendes, jahrelanges Eintreiben durch das Opfer vermeiden

¹⁰Rückkehr - Wiedereingliederung



38

- ◆ Rückkehr an den Arbeitsplatz als problematische Phase (nach sehr belastenden Ereignissen)
- ◆ Unterstützung durch Vorgesetzte und Kollegen enorm wichtig
- ◆ ggf. verändertes Tätigkeitsfeld anbieten
- ◆ Betroffene sollen möglichst angstfrei arbeiten können





- ◆ **Nur durch Zusammenwirken aller Beteiligten und Institutionen wirksame Bekämpfung möglich!**
- ◆ **Rahmenbedingungen in den einzelnen „Lebenslagen“ müssen erfüllt sein!**
- ◆ **Der Kreislauf vom Ereignis bis zur Wiederaufnahme der Arbeit muss geschlossen werden!**
- ◆ **Schutz der Beschäftigten als wichtigstes Element der Fürsorge!**



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit !